GAMMA

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Nr. 21 - 13.Januar 99 - gegen Spende*

Das Antifa Infotelefon Leipzig könnt Ihr anrufen unter: 0341 - 940 540 7.

Wenn Ihr uns Informationen zukommen lassen wollt: Anrufbeantworter: **0341 - 940 540 8.**
Bitte sprecht langsam und deutlich und hinterlaßt, wenn möglich, eine Rückrufnummer. Oder Ihr schickt die Infos per Post an: **IT, PF 101417, 04014 Leipzig.** Wir sind an jeder Art Infos interessiert, sei es über Streß mit Bullen, Nazis oder eine Veranstaltung, Demo usw.,die Ihr plant. Dies können auch Fakten sein , die nicht veröffentlicht, sondern an die richtigen Stellen weitergegeben werden sollen.
* **Spende** in die GAMMA-Spenden-Kasse, die dort steht, wo's GAMMAs gibt.

Was gewesen ist...

Korrektur zu GAMMA #20

Die Demo in **Mittweida** war natürlich am **2.1.** und nicht am 2.2. Kann ja noch werden...

Todesursache bei getöteter Nigerianerin eindeutig

Die vor drei Monaten bei einem gewaltsamen Abschiebeversuch durch die belgischen Behörden getötete Asylbewerberin aus Nigeria ist nach dem jetzt vorgelegten Autopsiebericht definitiv erstickt. Damit wurden Gehirnblutung oder angeborene Schwäche ausgeschlossen. Der 20jährigen Frau war bei der Abschiebung zur Brechung ihrer Gegenwehr von einem Polizisten ein Kissen ins Gesicht gedrückt worden, bis sie erstickte.
Der Fall hatte heftige Kritik an der belgischen Abschiebepraxis ausgelöst, der Innenminister und weitere Verantwortliche traten zurück, es gab Protestdemonstrationen mit etlichen Tausend Teilnehmern. (BerZ 29.12.98)

Bundesweit

Folgen deutscher Justiz

Weil deutsche Verwaltungsrichter in **Neustadt** (Rheinl.-Pf.) seine Angaben als erfunden einstuften und seine Dokumente für gefälscht hielten, ist ein kurdischer Deserteur nach seiner Abschiebung in die Türkei zu zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen Fahnenflucht verurteilt worden. Jetzt droht ihm auch noch eine Anklage wegen Separatismus, weil er seine Kriegsdienstverweigerung mit Menschenrechtsverletzungen der türkischen Armee in Kurdistan begründet hatte.
Er war am 14.7.98 zusammen mit seiner Frau und seinen drei kleinen Kindern aus dem Kirchenasyl heraus abgeschoben worden, nachdem das Asylgesuch abgelehnt worden war. Sofort nach seiner Ankunft in der Türkei ist er dann verhaftet worden.
Das Urteil ist im übrigen kein Einzelfall, sondern gängige deutsche Rechtsprechung, die das Vorgehen türkischer Behörden gegen Deserteure und Kriegsdienstverweigerer nicht als politische Verfolgung, sondern als legitime Ahndung einer Straftat verfolgt. (taz 28.12.98)

Demo in Schwandorf

Im Dezember 1988 zündete ein in der Nationalistischen Front (NF) und der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) organisierter Schwandorfer Nazi ein Haus in der oberpfälzischen Stadt an, wodurch damals eine dreiköpfige türkische Familie und ein Deutscher ums Leben kamen. Daran erinnerte am **19.12** eine von einem Großaufgebot Polizei abgeschirmte Demo mit 400 Teilnehmern. Außerdem richtete sie sich gegen die Haltung des CSU-dominierten Stadtrats, welcher die Errichtung eines Mahnmals an den Anschlag ablehnt, selbst wenn dieses durch Spenden finanziert würde.

Kürzung von Sozialhilfe für Flüchtlinge ungerechtfertigt

Die Sozialämter der Stadt und des Landkreises **Göttingen** haben bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen in den Jahren 96 und 97 zu Unrecht die Sozialhilfe gekürzt. Das entschied das niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg in einem Musterprozeß (Az 12 L 1232/38). Die Anwaltskanzlei, die rund hundert Füchtlingsfamilien vertritt, machte das Urteil am 20./21.12 bekannt.(jW 22.12.98)

Anleitung zur Denunziation

Woran erkennen Autovermieter, daß ihre Leihwagen zum „Menschenschmuggel" benutzt wurden? Ganz einfach: Wenn sich Klebereste an den Fensterscheiben befinden oder Verunreinigungen im Transportraum wie Speisereste, Abfall, Papier zu sehen sind. Oder wenn Sitzbänke kurzfristig ausgebaut worden sind. Diese Hinweise verbreiten die **sächsische Landespolizei** und der **BGS** in Informationsblättern, die im Grenzgebiet zu Polen und Tschechien verteilt werden. Autovermieter werden außerdem seit neuestem von der Polizei aufgefordert, „auf verdächtige Personen/Fahrzeuge und ungewöhnliche Verhaltensweisen Fremder in ihrem Arbeitsbereich" zu achten.
Und: EigenheimbauerInnen und FahranfängerInnen, aufgepaßt! Ab sofort wird unsichere Fahrweise, z.B. durch Überladung, dem Blockwart gemeldet! In einem zweiten Informationsblatt bitten BGS und sächsische Polizei die gesamte Bevölkerung des Grenzlands um massive Denunziation, ääh... um „Hinweise über ungewöhnliche Verhaltensweise Fremder" in Zusammenhang mit Fahrzeugen. Bei dem Level, ab dem die durch-

schnittliche sächsische Grenzbevölkerung das Verhalten Fremder als ungewöhnlich oder gar verdächtig ansieht, dürften die Telefone ja heißlaufen...(taz 23.12.98)

Chipkarten für Flüchtlinge

Vorraussichtlich im späten Frühjahr bekommen Flüchtlinge auch in den **Berlin**er Stadtbezirken Zehlendorf, Steglitz, Neukölln und Spandau die Sozialhilfe nicht mehr bar ausgezahlt. Die monatlichen 380 DM werden stattdessen auf einer Chipkarte gebucht, mit der nur in bestimmten Läden eingekauft werden kann und auf der sich Unmengen Daten über den jeweiligen Flüchtling speichern und kontrollieren lassen. In Reinickendorf gibt es das bundesweit einmalige Modell bereits seit Dezember. Dagegen lehnen mehrheitlich SPD-, PDS- oder grün geführte Bezirksämter, wie bspw. Charlottenburg oder Hellersdorf, die Chipkarten ab. (taz 23.12.98)

Polizeischikane in Neuss

Ein Mann fährt kurz vor Mitternacht mit dem Fahrrad nach Hause. Er wird von zwei Zivilpolizisten angehalten und nach dem Ausweis gefragt. Aus Angst, diesen zu verlieren, hat er jedoch immer nur eine Kopie dabei. Dies reicht den Beamten nicht, er bietet ihnen deshalb an, zusammen in seine Wohnung zu fahren und das Papier dort zu holen. Davon wollen sie jedoch nichts wissen und fragen stattdessen, ob der Mann das Fahrrad gestohlen habe. Er muß es stehen lassen und mit den Polizisten zur Wache fahren. Gleichzeitig wird die Rahmennummer des Fahrrads per Funk überprüft. Auf der Wache muß der Mann sich ausziehen, alle Kleider und Gegenstände abgeben und wird in eine unterkühlte Zelle gesteckt. Sein Hinweis, ihm sei kalt, wird ignoriert, ein Telefongespräch wird ihm verweigert. Ihm werden stattdessen Fingerabdrücke abgenommen. Nach sechs Stunden läßt sich ein Beamter die Schlüssel des Mannes erklären und wo in dessen Wohnung der Ausweis liegt, und teilt ihm mit, er werde jetzt (ohne ihn) in seine Wohnung fahren und das Papier holen. Nach weiteren vier Stunden wird ihm mitgeteilt, alles habe seine Ordnung, der Ausweis sei gefunden, er könne nach Hause gehen (*Gehen* bedeutet natürlich 20 Minuten Fußweg zu seinem Fahrrad.). Der Mann stellt über seinen Rechtsanwalt Strafantrag wegen Freiheitsberaubung im Amt, die Staatsanwaltschaft lehnt es jedoch ab, ein Verfahren gegen die Polizisten zu eröffnen. Eine Beschwerde gegen die Entscheidung bleibt erfolglos. Der Landrat des betreffenden Kreises, Dieter Pratt, sieht „keine Veranlassung, die Maßnahmen oder das Verhalten der Beamten zu rügen".
Geschehen ist all das kürzlich in Neuss bei Düsseldorf. Der Fakt, der aus dieser scheinbar leicht kafkaesken Geschichte deutsche Normalität „ohne Veranlassung zur Rüge" macht: der Mann hat keine weiße Hautfarbe. (FR 24.12.98)

Rente für Ex-SS-Angehörige

als „Entschädigung" für Verwundungen gehört in der heutigen BRD zur Normalität, falls das nicht bekannt ist. Nach deutscher Logik davon bis jetzt ausgeschlossen waren Mitglieder ausländischer SS-Einheiten. Das hob das Bundessozialgericht jetzt auf. Geklagt hatten zwei Letten, die in der SS-Einheit „Legion Lettland" gekämpft hatten und dabei verwundet worden waren.

Brandanschlag auf leeres Asylbewerberheim

In der Nacht zum **6.1.99** wurde ein Brandanschlag auf ein leerstehendes Asylbewerberheim in **Wetzlar** verübt. Er konnte jedoch rechtzeitig gelöscht werden, es entstand nur geringer Sachschaden. Das Heim war zwei Tage zuvor geräumt worden, weil es durch einen anderen Brand verwüstet worden war. Die Ursache des ersten Brandes ist noch unklar bei dem Anschlag vom 6.1. liegt jedoch eindeutig Brandstiftung vor. (FR 7.1.99)

LL-Demo als Prügelorgie

Die am **10.1.** in **Berlin** stattgefundene Demonstration in Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurde von der Berliner Polizei auch diesmal genutzt, um sich in kurzen Abständen immer wieder in den Antifa- und den kurdischen Block hineinzuprügeln. Dabei gab es etliche verletzte und schwerverletzte DemonstrantInnen. Die Beamten verursachten schwere Kopfverletzungen, Platzwunden und Knochenbrüche. Als Begründung mußten meist zu hoch gerutschte Tücher, verbotene Fahnen etc. herhalten.

Waffenhandel mit Nazis

Die Staatsanwaltschaft **Kaiserslautern** hat einen 42jährigen Mann aus **Kusel** wegen illegalen Waffenbesitzes und -handels angeklagt. Er hatte u.a. Maschinenpistolen an Nazis verkauft. (Videotext SW3 22.12.98)

Protest gegen Mietvertrag mit Republikanern in Berlin

Im Streit um die Vermietung eines Hauses auf dem **Pankow**er **Garbaty**-Gelände hat sich Thomas J. Garbaty, der Enkel des jüdischen Firmengründers, zu Wort gemeldet. Er kritisierte aufs schärfste, daß das Haus Sitz der Partei werden soll. Die Familie Garbaty war 1938 von Nazis vertrieben worden. Der Vermieter, **Wolfgang Seifert**, beharrt jedoch auf dem Bestehen des Mietvertrags. (BerZ 24.12.)

Anschlag auf Galinski-Grab

Am **19.12.** wurde auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, ein Sprengstoffanschlag verübt. Dabei wurde die Grabplatte vollständig zerstört. Die Täter sind noch unbekannt, 20.000 DM Belohnung sind für ihre Ergreifung ausgesetzt.
Trotz der langen Reihe von antisemitischen Anschlägen und Aktionen in Deutschland allein in den letzten Jahren sah sich **Roman Herzog**, Bundespräsident, genötigt, wieder einmal zu beteuern, der Sprengstoffanschlag sei nur das Werk von Einzelgängern gewesen. Die natürlich noch „wirr" sein müssen. (BerZ + FR 22.12.98)

Überfall auf Behinderten

Drei „unbekannte Männer" haben am **28.12.98** in **Berlin-Wilmersdorf** einen geistig und körperlich behinderten Mann ausgeraubt. Die mit Bomberjacken, Springerstiefeln und Armeehosen bekleideten Täter forderten laut Polizeiaussagen erst Geld und raubten ihm dann die Papiere. (taz 29.12.98)

Überfall in Finowfurt

In der **Neujahrsnacht** stürmte eine Gruppe von sechs bis sieben „Jugendlichen" eine Wohnung in Finowfurt und schlugen mit Baseballschlägern auf die Anwesenden ein. Es gab mehrere Verletzte, eine davon schwer. (BerZ 2.1.99)

Baldiges Aus für's „Comico"?

Die Skinhead-Kneipe **„Comico"** in **Horb** (Baden-Württemberg), Stammtreffpunkt für örtliche Nazis und die **„Kameradschaft Schwarzwald-Baar"** aus den benachbarten Kreisen **Rottweil** und **Villingen-Schwenningen**, wird eventuell bald schließen. Das Grundstück wurde zwangsversteigert und gehört mittlerweile der Kreissparkasse Freudenstadt. Angebliche Spendenaktionen der Nazis hatten wohl nicht genügend Geld zusammengebracht. Ende April 99 läuft der Mietvertrag aus.
Weil der Bürgermeister der Stadt sich öffentlich gegen die Nazikneipe gewandt hatte, erschien sogar ein Drohbrief gegen ihn im Internet, unterzeichnet mit „Der Fliegenwirt". So nannten die Birnen ihren Lieblingswirt, den „Comico"-Betreiber **Roberto Kammel**. (FR 28.12.98)

Überfall in Rathenow

Vier Nazis haben am **21.12.98** einen 16jährigen Flüchtling aus Afghanistan überfallen, geschlagen und beraubt. Er erlitt zum Glück keine schweren Verletzungen. Die vier wurden festgenommen, gegen einen von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Er hatte zuvor bereits einen 18jährigen Rathenower verprügelt. (BerZ + FR 23.12.98)

Angriff in Schwedt

In der **Silvester**nacht wurden zwei Aussiedler von fünf Nazis angegriffen und verletzt. Zwei Verdächtige aus dem Jugendheim Stolpe wurden festgenommen.

Keine Entschädigung bei Zivilcourage gegen Nazis

Berliner Behörden und Gerichte verweigern einer 56jährigen Frau seit Jahren eine Entschädigung wegen einer durch Nazis erlittenen Verletzung. Sie hatte im August '93 zwei koreanische Kinder vor zwei Nazis geschützt, welche die Kinder durch eine S-Bahn gejagt und attackiert hatten. Dabei wurde sie von einem der Jungfaschos getreten und leidet seitdem an einer Knochenkrankeit. Die Opferentschädigung wurde ihr mit der Begründung verwehrt, sie sei ja selbst schuld und hätte letztendlich die Nazis weiter auf die Kinder einprügeln lassen können. Warn ja nicht ihre. (jW 2.1.99)

Weitere Anklagen wegen Rostock 19.9.

Die Staatsanwaltschaft Rostock hat sechs Anklagen gegen Nazis wegen der Vorgänge am 19.9. in Rostock erhoben. Es geht um Landfriedensbruch, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz oder Verwqendung verfassungsfeindlicher Symbole. 30 Verfahren wurden bisher eingestellt, 70 Verfahren hat die Staatsanwaltschaft insgesamt übernommen, 40 sind noch bei der Polizei in Bearbeitung. (FR 31.12.98)

BFB ohne Brunner

Der Vorsitzende und Mitgründer des **Bundes Freier Bürger** (BFB) (den Rest des Namens lassenwa wech), **Manfred Brunner,** will zurück- und austreten. Vielleicht hören wir ja wieder von ihm, wenn er die nächste unbedeutende rechte Splitterpartei gegründet hat. (Videotext B3 21.12.98 + JW 7.1.99)

Regional

Weiter Gängelung von Flüchtlingen in Thüringen

Menschenrechtler haben Thüringer Behörden vorgeworfen, sie wollten Flüchtlinge durch juristischen Druck „fertig machen". Seit der Fall Kisema K. (siehe u.a. GAMMA #19) öffentlich gemacht worden sei, würden Asylbewerber in dem Bundesland mit Anzeigen überhäuft, teilte der Flüchtlingsrat mit. Zudem würden die Betroffenen beim geringsten Anlaß „zwangsumverteilt". (FR 21.12.98)

Faschokonzert bei Altenburg

Rund 70 Skinheads waren am **19.12.** in die **„Disko 2000"** nach **Nobitz** bei Altenburg gekommen, um sich ein Konzert anzutun. Die Polizei war mit einem Großaufgebot vor Ort, weil bei der als Metal-Konzert genehmigten Veranstaltung auch nicht genehmigte Skinheadbands spielen sollten. Eine dieser Bands war auch angereist, verzichtete angesichts der Polizei jedoch auf einen Auftritt.
Es kam zu vier Festnahmen, darunter zwei Bautzner und eine Cottbuserin, die in ihrem Auto 200 verbotene CD's mit Faschomusik sowie diverses Werbematerial verbotener Organisationen mitgebracht hatten. Über das Ergebnis der in deren Cottbuser und Bautzner Wohnungen sofort stattgefundenen Hausdurchsuchungen ist noch nichts bekannt.
Erst am 19.9. hatte in **Pölzig** bei Altenburg ein von den Hammerskins organisiertes Konzert mit ca. 350 Naziskins aus mehreren Ländern stattgefunden.

Weiter Faschoterror in Mittweida

Die Nazis der Stadt Mittweida haben ihre Angriffe auf Linke in der vergangenen Woche fortgesetzt. Zwei Autos wurden beschädigt und mehrmals einzelne Leute durch die Stadt gejagt.

Jenaer Faschos drehen ab

Seit dem eher peinlichen Nazi-Kleinaufmarsch vom **17.10.** in Jena (GAMMA #11) reißt die Reihe von Überfällen durch Mitglieder des Faschovereins **Thüringer Heimatschutz (THS)** nicht ab.
Die letzten Aktionen: Am **26.12.98** verwüsteten sie den Eingangsbereich der Jungen Gemeinde-Stadtmitte, am **30.12.** bedrohten sie mehrere Jugendliche in der Innenstadt mit „Jetzt ist Krieg" und versuchten mehrfach, Laute von deren Fahrrädern zu zerren, am **1.1.99** griffen fünf Nazis vier Jugendliche an und schlugen sie, am **2.1.** überfielen 20 Faschos vom THS zwei Frauen, warfen sie zu Boden, hielten sie zwei Stunden lang fest und nahmen ihnen die Ausweise ab. Im Falle einer Anzeige drohten sie mit weiteren Angriffen.

Denkmal geschändet

In der Nacht zum **3.1.** wurde das Thälmann-Denkmal in Weimar mit SS-Runen und dem Spruch „Arbeit macht frei" besprüht. Ein Zeuge beobachtete die Täter. Laut Polizeiangaben handele es sich „vermutlich um fünf junge Männer"...

Leipzig

Denkmal auf Ostfriedhof zerstört

Anfang **Dezember** haben Nazis die Gedenksäule für Opfer und Verfolgte des Nazisregimes vom Sockel gestoßen. Es war erst 1997 eingeweiht worden.

Naziparolen mal nicht ignoriert

wurden am **21.12.98** in der **Grünau**er Alten Salzstraße. In der Wohnung ei-

nes 30jährigen „stellte“ die von Anwohnern gerufene Polizei elf Jugendliche und Kinder, die meisten dicht. Die Polizei ermittelt nun wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organistationen. (LVZ 23.12.)

Was sein wird...

Bundesweit

Protest gegen CDU-Kampagne

Aus Protest gegen die Unterschriftenkampagne der CDU gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft soll es diverse Veranstaltungen geben, zum Beispiel in **Aachen** am **13.1.99** um 14:00 vor dem CDU-Büro Martinstraße.

Demo zur Unterstützung kurdischer Flüchtlinge

Am **16.1.99** findet in **Wuppertal** eine Demo unter dem Motto: „Unterstützt die kurdischen Flüchtlinge in dr Gemarker Kirche“ statt. Auftakt ist 12:00 am Mahnmal zur Bekennenden Kirche in Wuppertal-Barmen.

NPD-Bundesparteitag in Mulda bei Freiberg

Es gibt wie erwartet keine Anzeichen dafür, daß der Mietvertrag mit der NPD über die Muldentalhalle in Mulda gekündigt werden kann, d.h. er **findet** mit aller Sicherheit **am 23./24.1.99 statt.**
Das Antifaschistische Aktionsbündnis Freiberg ruft deshalb für Sonnabend, den **23.1.**, zu einer Protestdemonstration auf. Beginn ist **13 Uhr am Bahnhof Mulda.**
Aktuelle Infos jeweils übers Infotelefon (Nr. siehe oben!) oder Di+Fr 18-20 Uhr über 0177-2099251.

Prozeß gegen BdA-Mitglied

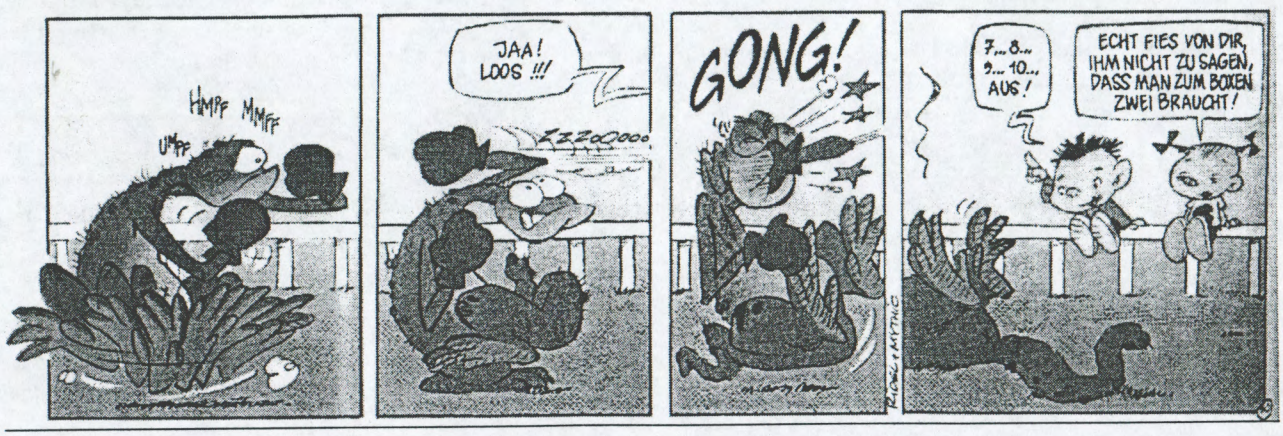
Weil er bei einer Aktion auf dem Gelände des KZ Buchenwald mit dabei war, mit der gegen die zunehmende Relativierung von Naziverbechen in der Gedenkstätte protestiert werden sollte, wurde ein Aachener Mitglied des **Bundes der Antifaschisten** (BdA) von der Polizei und dem **Verband der Stalinismusopfer** wegen Störung der Totenruhe verklagt. Der Prozeß findet am **12.2.** am **Weimarer** Amtsgericht, Eingang Grundbuchamt, Ernst-Knohl-Straße statt. Beginn 8:30

Leipzig

Benefizdisco für Buchprojekt

Am **30.1.98** wird es im **Conne Island** eine 80er Jahre Benefizdisco geben, deren Einnahmen für ein Buchprojekt verwendet werden sollen. Es geht darin um Subkulturen in der Zeit 1980-1992 in Leipzig und insbesondere um die Richtigstellung der Lügen der offiziellen Geschichtsschreibung, die da behauptet, daß es in Leipzig Widerstand nur von BürgerrechtlerInnen und der Kirche gegeben hätte.

Zum Schluß noch ein Hinweis auf das Infotelefon GARFIELD aus dem Rhein-Neckar-Raum, wo Ihr ebenfalls aktuelle Nachrichten - bundesweite wie regionale - hören könnt. Das Telefon wird zweimal wöchentlich aktualisiert. Die Nummer ist 06272-3559.



GAMMA ist in Leipzig zu haben im Conne Island, im Antifa-Presse-Archiv, im Infoladen und in der Lichtwirtschaft.